

KLEINE ANFRAGEN

Detaillierte Rechnungen für Patienten

VADUZ – «Die Regierung spricht sich grundsätzlich dafür aus, dass dem Patienten eine detaillierte Rechnung zugestellt werden soll», so Regierungsrat Martin Meyer auf die Kleine Anfrage des FL-Abgeordneten Pepo Frick über detaillierte Patientenrechnungen. Zwei Möglichkeiten sind dabei denkbar: «Einerseits könnte zwischen dem Krankenkassenverband und der Ärztekammer das System des «Tiers garant» vereinbart werden oder andererseits könnte das Krankenversicherungsrecht analog der Schweiz angepasst werden, so dass der Patient eine Kopie der Rechnung vom Leistungserbringer erhält, die an den Versicherer gesendet wurde. Die Regierung hat die zweite Möglichkeit geprüft und bereits damit begonnen, einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten. Da noch andere Änderungen am Krankenversicherungsgesetz bzw. in der dazugehörigen Verordnung anstehen, hat die Regierung beschlossen, die geplanten Änderungen gemeinsam in einem Schritt umzusetzen.» (pk)

Aids-Tests: Heutige Risikogruppen lassen sich testen

VADUZ – Im Namen seiner Petitionskollegen Josy Biedermann und seinem Petitionskollegen Pepo Frick stellte Harry Quaderer die Frage nach der Kostentragung des anonymen Aids-Tests an die Regierung. In Liechtenstein werde eine Dunkelziffer von 100 bis 120 HIV-positiv erkrankter Personen angenommen. Seit 1985 sind 20 Menschen an dieser unheilbaren Krankheit gestorben.

Regierungsrat Martin Meyer führte dazu aus, dass die bisherige Praxis der Kostenübernahme der anonymen HIV-Tests aus fachlichen Gründen auf Antrag der Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention eingestellt worden sei. Gemäss Einschätzung der Fachstelle geht die grösste Gefährdung heute vom Sexualverhalten aus. Es handle sich nicht mehr um einen Personenkreis, der sich kostenpflichtige Tests nicht leisten könne. Diese heutige Risikogruppe sei im Gegensatz zur früheren Risikogruppe wie Drogenabhängige zudem daran interessiert, sich testen zu lassen. Jährlich würden etwa 25 000 Franken eingespart, «wobei die Kosteneinsparung bei der Entscheidung nicht massgebend war». (pk)

Gewaltsituation nicht ausgeweitet

VADUZ – «Die Gewaltsituation hat sich in Liechtenstein in den letzten zwei Jahren nicht merklich verändert. Anlässlich von öffentlichen Veranstaltungen kommt es gelegentlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen, wobei sehr oft übermässiger Alkoholkonsum die Ursache ist», sagte Regierungsrat Martin Meyer auf die entsprechende Anfrage des VU-Abgeordneten Ivo Klein. «Angehörige der rechten Szene fallen dabei durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft auf, wobei allerdings nicht ausschliesslich diese Gruppe in gewalttätige Auseinandersetzungen involviert ist. Die Anzahl gewalttätiger Vorfälle hat sich gemäss den Erkenntnissen der Landespolizei im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert, d.h. es kann keine signifikante Veränderung der Gewaltbereitschaft im Vergleich zum letzten Jahr festgestellt werden. Die Regierung verfolgt diese Entwicklung insgesamt jedoch sehr aufmerksam.» (pk)

Klimarappen nicht unbedingt anwendbar

VADUZ – Der Klimarappen sei rein rechtlich betrachtet aufgrund des Zollvertrages in Liechtenstein nicht anwendbar, sagte Regierungsrat Hugo Quaderer auf eine Anfrage des FL-Abgeordneten Pepo Frick. Im Grundsatz sei er ein Finanzierungsmittel der Schweizer Wirtschaft zur Erfüllung der CO₂-Reduktionsziele auf freiwilliger Basis im Rahmen des CO₂-Gesetzes. «Liechtenstein ist eigener Vertragsstaat der Klimakonvention und des Kyoto-Protokolls mit eigenen nationalen Reduktionsvorgaben und muss damit seine Reduktionsziele eigenständig erfüllen», erklärte der Umweltminister. (pk)

Medizin mit Sparpotenzial

Regierungsrat Martin Meyer zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen

VADUZ – Eine Nullrunde bei den Prämienrechnungen sei eher die Ausnahmesituation, sagte Regierungsrat Martin Meyer auf die Kleine Anfrage von Wendelin Lampert (FBP) bezüglich Entwicklung der Gesundheitskosten. In der Schweiz rechnet man auf das kommende Jahr mit einer Kostensteigerung von 6 bis 8 Prozent. Wird die liechtensteinische Prämienstruktur auch tangiert?

«Für das laufende Jahr rechnet der Branchenverband wiederum mit 6 bis 8 % Kostensteigerung, da in der Schweiz nach wie vor keine strukturellen Korrekturen vorgenommen wurden», hielt der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert in seiner Kleinen Anfrage fest. Diese Kostensteigerung im Jahr 2004 und im laufenden Jahr wird gemäss Santé-suisse entsprechende Auswirkung auf die Erhöhung der Krankenkassenprämien in der Schweiz haben.

Angesichts dieser Entwicklung bei unserem Nachbarn erkundigte sich Wendelin Lampert bei der Regierung über die allfälligen Auswirkungen auf Liechtenstein.

Erst provisorische Zahlen

Regierungsrat Martin Meyer teilte dazu Folgendes mit: «Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind ausschliesslich provisorische Zahlen für den Zeitraum des ersten Halbjahres 2005 verfügbar. Diese Zahlen zeigen ein uneinheitliches Bild, so sind die Kosten in einigen Bereichen gesunken, während sie in anderen Bereichen gestiegen sind. Zu erwähnen ist, dass durch die Kleinheit Liechtensteins Verschiebungen in der Rechnungsstellung und der Verarbeitung von Rechnungen das Kostenbild im Jahresverlauf stark verändern können, sodass diese provisorischen Zahlen keine verlässlichen Aussagen zulassen. Umfassende Zahlen zur Kostenentwicklung im liechtensteinischen Gesundheitswesen werden erst im Verlauf des vierten Quartals dieses Jahres vorliegen. Die Regierung wird bei Vorliegen dieser Zahlen selbstverständlich



Regierungsrat Martin Meyer: Die Kostensteigerung im schweizerischen Gesundheitssystem ist nicht unmittelbar auf Liechtenstein anwendbar.

über die aktuelle Kostenentwicklung informieren.»

Frage noch nicht beantwortbar

Dies lasse gegenwärtig kein einheitliches Bild auf die Prämienentwicklung zu. Die im Gesundheitssystem entstehenden Kosten werden durch drei Stützen getragen: erstens die Prämien der Versicherten, zweitens die Franchise und die Kostenbeteiligung der Versicherten sowie drittens den Staatsbeitrag und allenfalls die Prämienverbilligung. «Wenn ein Anstieg der Gesundheitskosten durch die beiden letztgenannten Stützen nicht aufgefangen werden kann, muss das Kostenwachstum durch eine Prämienhöhung getragen werden. Massgebend hierfür ist jeweils die Kostenentwicklung im

laufenden Jahr und andererseits die prognostizierte weitere Entwicklung. Es sei an dieser Stelle aber darauf hingewiesen, dass das Ausbleiben einer Prämienhöhung eher der Ausnahmefall ist – alleine schon aufgrund möglicher teuerungsbegleitender Kostensteigerungen.»

Reformen unternommen

In Liechtenstein wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Reformschritte zur Sicherung einer erstklassigen und langfristig finanzierbaren medizinischen Versorgung unternommen.

Martin Meyer weiter: «Hierzu zählen beispielsweise der Ärztestopp, der dann durch die Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes in die Aufhebung des

Kontrahierungszwangs mündete, oder auch die Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten.»

Diese und weitere Massnahmen zeigen Wirkung, denn mit der Aufhebung des Kontrahierungszwangs konnte erreicht werden, dass die Gesundheitskosten nicht durch eine unkontrollierte Zunahme an Ärzten zusätzlich unter Druck geraten sind. Die Stärkung der Eigenverantwortung wiederum soll unter anderem auch zu einer grundsätzlichen Bewusstseinsbildung seitens der Versicherten führen. Dabei handelt es sich um einen langfristigen Prozess.

Weitere Reformschritte nötig

Die Regierung sei der Auffassung, dass weitere Reformschritte im Gesundheitsbereich notwendig sind, um die Kosten langfristig zu stabilisieren. «Ein Handlungsfeld, das intensiv geprüft wird, ist der Bereich Medikamente. Einerseits wird die in der Schweiz angekündigte Senkung der Medikamentenpreise auch in Liechtenstein umgesetzt, andererseits prüft Liechtenstein unabhängig von der Schweiz, inwieweit unsere Anbindung an den EWR-Raum genutzt werden kann, um gewisse Medikamente billiger zu importieren.»

Spitalkosten mitverantwortlich

Ein weiteres Handlungsfeld seien die Spitalkosten, die aktuell in der Schweiz für einen grossen Teil der Kostensteigerungen verantwortlich sind. In diesem Bereich wird die Regierung prüfen, ob für gewisse Spezialbehandlungen Verträge mit ausländischen Spitälern abgeschlossen werden sollen, die entsprechende Behandlungen in gleicher Qualität, aber bei tieferen Kosten ausführen können.

Ein weiteres Handlungsfeld ist schliesslich die Gesundheitsprävention. Eine Stärkung des präventiven Elements im Gesundheitssystem kann mittel- und langfristig zu einer Stabilisierung der Kosten beitragen. Daher ist geplant, in Liechtenstein das gesundheitspräventive Angebot insbesondere in den Bereichen Schule und Arbeitsplatz auszuweiten. (pk)

Auf Tarmed vorbereitet

Krankenkassenverband ist für Einführung gerüstet

VADUZ – An der Einführung des Tarfsystems Tarmed in Liechtenstein wird festgehalten. Unter verschiedenen Bedingungen ist die Ärzteschaft zu diesem Schritt bereit. Die Ärztekammer will Gespräche mit dem Krankenkassenverband aufnehmen.

«Der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) hat die Regierung darüber informiert, dass seine Mitglieder auf Tarmed vorbereitet seien. Das Landesspital bereitet ebenfalls alles für eine termingerechte Einführung von Tarmed vor. Die Ärztekammer ihrerseits hat an ihrer Plenarversammlung beschlossen, Verhandlungen mit dem LKV betreffend die Einführung von Tarmed aufzunehmen», sagte Regierungsrat Martin Meyer auf die entsprechende Anfrage des FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert.

Ärzte stellen Bedingungen

Gemäss der Regierung übermittelten Informationen habe die Ärztekammer aber auch mögliche

Bedingungen formuliert, welche aus ihrer Sicht mit der Einführung von Tarmed verbunden sind.

Datenschutzproblematik bekannt

Mit Tarmed wird eine einheitliche Bemessung der Arztleistungen, die separate Gewichtung von Infrastruktur und Arztleistung, die Schaffung einer aktuellen Nomenklatur aller medizinischen Leistungen und die betriebswirtschaftliche, transparente und nachvollziehbare Neubearbeitung eines einheitlichen Arzt- und Spitaltarifes angestrebt.

Die Tarmed-Struktur sei analog der Schweiz umzusetzen. «Die Regierung ist sich der Datenschutzproblematik im Zusammenhang mit Tarmed bewusst und steht in regelmässigem Kontakt mit dem Datenschutzbeauftragten. Die Regierung steht auch in regelmässigem Kontakt mit dem Bundesamt für Gesundheit in Bern und der Datenschutzbeauftragte mit seinem Kollegen, dem Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten (EDSB).



Wendelin Lampert (FBP): Kommt Tarmed auf 2006?

Ziel dieser Kontakte ist eine Vorbereitung des Tarmed dergestalt, dass sich verschiedene Probleme bei der Einführung in Liechtenstein nicht stellen werden. (pk)

UMWELT

Alpenrhein: Schlechter Lebensraum?

VADUZ – Regierungsrat Hugo Quaderer erklärte bei der Beantwortung einer Kleinen Anfrage, dass im Rahmen des koordinierten Untersuchungsprogrammes Alpenrhein von den Fischereifachstellen Graubünden, St. Gallen, Liechtenstein und Vorarlberg Mitte August 2005 eine erste systematische Befischung des Alpenrheins durchgeführt worden sei. Dabei wurde deutlich, dass der Alpenrhein als Lebensraum nach wie vor einen schlechten Zustand aufweist, obwohl die Wasserqualität auf Grund der umfangreichen Abwasseranreicherung gute Werte zeigt. Dieses Defizit wurde neben weiteren Missgefallen wie instabile Flussschleife und Grundwasserneubildung bereits Anfang der 90er-Jahre im Zusammenhang mit der UVP der Rhein-Kraftwerke CH/FI festgestellt. Zur grenzüberschreitend abgestimmten Lösung der Probleme wurde 1995 die Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) gegründet. (pk)